

STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 167 | 30. Woche | 81. Jahrgang | E 4029 | Deutschland

Mittwoch, 23. Juli 2025

2,80 €



Kulturkampf in den USA

Medien im Visier

Das Aus für die „Late Show“ von Stephen Colbert ist nur das jüngste Beispiel für die aggressiven Angriffe Donald Trumps auf die Meinungsfreiheit. Die Gegner des US-Präsidenten sind entsetzt. **Seite 3**

Klare Kante zeigen



Befragte im BaWü-Check äußern sich beim Thema AfD unentschieden. Das hat Gründe.

Von Annika Grah

Es ist mehr als ein Jahr her, da gingen an vielen Wochenenden Zehntausende in Deutschland auf die Straße. Das vom Recherchenetzwerk Correctiv aufgedeckte Potsdamer Treffen hatte viele aufgeschreckt – mit Debatten über „Remigration“ und Berichten über Verstrickungen zwischen AfD-Mitgliedern und Rechtsextremen. Wenige Monate später legte die AfD im Südwesten bei Kommunal- und Europawahl kräftig zu. Dann beging CDU-Chef Friedrich Merz wenige Wochen vor der Bundestagswahl einen Tabubruch und ließ über seinen Antrag zur Migration mit Hilfe der AfD abstimmen. Kurz darauf, am 23. Februar, verdoppelte die Partei bundesweit ihr Wahlergebnis von 2021. In Baden-Württemberg wurde sie in 31 Wahlkreisen zweitstärkste Kraft.

Nun, wenige Monate vor der Landtagswahl am 8. März, ist die AfD im Südwesten weiter stark, legt in Umfragen sogar zu. Und das, obwohl inzwischen das Gutachten des Verfassungsschutzes veröffentlicht worden ist, das belegen soll, dass in der Partei die rechtsextremen Kräfte die Oberhand gewonnen haben. Die AfD hat sich erfolglos vor Gericht gegen die Einstufung gewehrt.

Im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, wird das Wählerpotenzial der Partei, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wird, auf 23 Prozent geschätzt. Jeder Fünfte fände eine Koalition mit der CDU eine gute Idee. Nur wenig mehr der Befragten sind für ein schwarz-grünes Bündnis. Und selbst wenn die Frage weiter gefasst und neben der Koalition auch die „Zusammenarbeit“ als Option angegeben wird, findet weniger als die Hälfte, dass man das ausschließen sollte.

Fast ebenso viele der Befragten sehen kein Problem in der Kooperation mit der Partei, über die die Präsidentin des Landesverfassungsschutzes sagt, dass rechtsextremistische Kräfte auf dem Vormarsch seien. Gleichzeitig ist mehr als die Hälfte beunruhigt darüber, dass die Partei bei der Landtagswahl Stimmen dazugewinnen könnte.

Das wirkt seltsam unausgegoren. Einerseits sehen viele den Erfolg der AfD mit Sorge, andererseits hält man sie für regierungsfähig. Das ist kein Wunder angesichts des Schlingerkurses mancher Parteien im Umgang mit der AfD. Da ist auf der einen Seite die Brandmauer, die etwa CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel hochhält. Auf der anderen ein Bundeskanzler, der im Januar kurz vor einer Richtungswahl für einen vermeintlichen Geländegewinn die Unterstützung der Rechten akzeptierte.

Dabei ginge es auch anders. Das hat Manuel Hagel vorgemacht, der damit ein klares Zeichen setzte. Es ging zwar nicht um das Reizthema Migration, aber ums Gendern. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke wollte Hagel 2023 dazu bringen, in einem Antrag mit der AfD abzustimmen. Hagel entzog sich und brachte seine Fraktion im Landtag dazu, gegen die eigene Position zu votieren, um nicht mit Stimmen der AfD einen Pyrrhussieg davonzutragen.

Eine solche Klarheit ist geboten im Umgang mit der AfD. Haltung alleine wird es aber nicht richten, wenn die Partei nach wie vor für viele die vermeintlich einfacheren Lösungen anbietet. Da braucht es Überzeugungsarbeit und das Vertrauen, dass die anderen Parteien handlungsfähig sind. Noch haben Grüne und CDU in der Landesregierung die Möglichkeit zu zeigen, dass sie dazu in der Lage sind, auch wenn das im Lichte des aufziehenden Wahlkampfes immer schwieriger wird. Vor allem aber muss es im Wahlkampf um eigene Inhalte gehen und nicht um ein „Gegen die anderen“.

Wirtschaft

Rabatte gegen Daten:
Rechtsstreit um Lidl-App **Seite 9**

Familie und Partnerschaft

Neuer Trend beim Schummeln:
KI-Stift statt Spickzettel **Seite 14**

Kultur

Aufrüttelndes Buch: „Lilianas
unvergänglicher Sommer“ **Seite 25**

Zuzahlungen für Pflege steigen erneut

BERLIN. Die Pflege im Heim wird für die Bewohnerinnen und Bewohner immer teurer. Im Südwesten müssen sie sogar mehr aus eigener Tasche bezahlen als im Bundesdurchschnitt. Wie eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen ergab, waren am 1. Juli demnach in Baden-Württemberg im ersten Aufenthaltsjahr durchschnittlich 3400 Euro zu überweisen, 220 Euro mehr als zum 1. Juli 2024. Im Länder-Vergleich war die Pflege im Heim nur in Bremen (3449 Euro), Nordrhein-Westfalen (3427 Euro) und im Saarland (3403 Euro) teurer.

Die Pflegeversicherung trägt nur einen Teil der Heimkosten. Die Bewohner müssen sich bei Pflege, Betreuung, Unterkunft, Verpflegung, Investitionen in den Einrichtungen und Ausbildungskosten beteiligen. **dpa** – Kommentar: Kulturkampf **Seite 2** – Kosten für Heimpflege explodieren **Seite 4**

Ruf nach Kurswechsel

GAZA/BERLIN. Israel weitet seine Angriffe im Gazastreifen aus. Knapp 30 Staaten fordern jetzt ein sofortiges Ende des Krieges. Deutschland unterzeichnete den Aufruf allerdings nicht. In der SPD werden Stimmen lauter, die einen Kurswechsel der Bundesregierung in der Israel-Politik fordern. **Seite 7**

Unmut über CDU

STUTTGART. Die Absage der Stuttgarter Christdemokraten für den Christopher-Street-Day hat Aufregung ausgelöst. Aus der queeren Community kam massive Kritik, auch Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) äußerte Unverständnis. Der Rückzug sei „ein Zeichen der Entsolidarisierung“. **Lokalteil**

Haftstrafe gefordert

STUTTGART. Im Betrugsprozess gegen den „Querdenken“-Initiator Michael Ballweg fordert die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von drei Jahren. Ballweg werde als Opfer inszeniert, so die Staatsanwältin in Stuttgart. „In Wahrheit steht ein gewöhnlicher Angeklagter vor Gericht.“ **Lokalteil**

Wetter Seite 28



Ausführliches Inhaltsverzeichnis **Seite 2**

Jeder Fünfte für CDU-AfD-Bündnis

BaWü-Check Am beliebtesten ist ein Bündnis von Christdemokraten und Grünen nach der Landtagswahl – aber mit nur kleinem Vorsprung.

Von Annika Grah

Die viel zitierte Brandmauer scheint bei den Wählerinnen und Wählern im Südwesten an Bedeutung zu verlieren. 21 Prozent der Befragten im aktuellen BaWü-Check finden, CDU und AfD sollten nach der Landtagswahl 2026 gemeinsam regieren. Das ergab die Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. 23 Prozent wären allerdings für eine Fortsetzung einer Koalition von CDU und Grünen. Das passt zur Schulnote, die die Be-

fragten der aktuellen Landesregierung geben würden. Mit einer Durchschnittsnote von 3,1 wäre sie nicht versetzungsgefährdet. Nach den aktuellen Umfragen liefe eine Koalition von CDU und Grünen eher auf Schwarz-Grün als auf Grün-Schwarz hinaus.

Werden die Menschen gefragt, ob sie für eine Zusammenarbeit oder eine Koalition mit der AfD sind, fällt das Bild etwas differenzierter aus. Hier zeigen sich nur noch 13 Prozent offen für eine Koalition, 29 Prozent wären für eine Zusammenarbeit mit der AfD und 46 Prozent finden, dass die anderen Parteien das ausschließen sollten. 12 Prozent sind unentschieden. In der Vergangenheit haben alle Fraktionschefs der im Landtag vertretenen Parteien der Kooperation mit der AfD eine Absage erteilt. Derweil hat das Bundesverwaltungsgericht Beschwerden der AfD wegen ihrer Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall zurückgewiesen. Damit sind drei Entscheidungen des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts (OVG) aus dem vergangenen Jahr rechtskräftig.

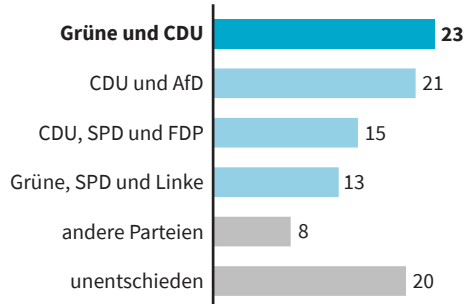
Das Urteil über den scheidenden Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) fällt milde aus. Gut die Hälfte der Befragten findet, dass er die vergangenen 14 Jahre gut regiert hat.

– Was Özdemir und Hagel unterscheidet **Seite 6**

ZWEI-PARTEIEN-BÜNDNISSE VORNE

„Wenn keine Partei alleine regieren kann, welche Parteien sollten dann – wenn es nach Ihnen ginge – zusammen die Regierung übernehmen?“

Angaben in Prozent



Grafik: Zapletal

Quelle: IfD-Allensbach



Kostas



Alice Weidel nicht willkommen

Die Schlagersängerin Vicky Leandros hat bei den Schlossfestspielen der Fürstin Gloria von Thurn und Taxis in Regensburg einen „Ehrengast“ bei ihrem Konzert verhindert. Als Leandros erfuhr, dass die AfD-Chefin Alice Weidel am Montag in der ersten Reihe sitzen sollte, nahm sie sich die Schloss-Chefin zur Brust. Sie verlangte von ihr, Weidel wieder auszuladen. Die 72-jährige Deutsch-Griechin sagte: „Ich stehe für Vielfalt, Toleranz, Menschenwürde, Menschenrechte und Internationalität.“ Mit Weidel habe sie nichts gemeinsam. Leandros ist bekannt für Schlager wie „Ich liebe das Leben“ und „Theo, wir fahr'n nach Lodz“.

Die Fürstin Thurn und Taxis beugte sich und versagte Weidel das Konzert. Laut Berichten ist die AfD-Frontfrau am Dienstag wieder aus dem Schloss mit seinen weit mehr als 500 Zimmern abgereist. Vicky Leandros indes hätte wissen können, um welch

Vicky Leandros lässt die AfD-Chefin vor einem Konzert von der Gästeliste streichen.

Von Patrick Guyton

zweifelhafte Gastgeberin es sich bei Gloria von Thurn und Taxis handelt – und dass es zwischen Weidel und ihr nur wenige Differenzen geben dürfte. Die Fürstin, die keine ist, aber so heißt, ist eine Netzwerkerin in einem politischen Bereich, der beim äußerst Konservativen beginnt und das gesamte rechte, rechtsextreme und verschwörungsgläubige Lager ganz bewusst einschließt. Sie trifft jeden, der in dieser Szene einen Namen hat.

Einig ist man sich immerhin in der Einschätzung, dass Gloria sehr begabt darin ist, ihr Vermögen zu mehren. Sie verdient nicht nur an den Festspielen, die viele als Provinzveranstaltung mit älteren und etwas abgetakelten Musikern sehen, sondern auch am alljährlichen „Romantischen Weihnachtsmarkt“ auf ihrem Schloss. Darüber hinaus ist das Haus Thurn und Taxis der größte private Waldbesitzer in ganz Deutschland.

